

Positionspapier öbu und swisscleantech

Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung nach der COVID-19-Krise

1 Ausgangslage

Die COVID-19-Krise stellt einen tiefgreifenden Einschnitt für Gesellschaft und Wirtschaft dar. Noch sind die mittelfristigen Auswirkungen nicht abschätzbar. Die aktuelle Situation mit ihren notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Einschnitten hat die ökologischen und sozialen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung teilweise aus der öffentlichen Diskussion verdrängt. Doch eher früher als später werden diese Themen, die längerfristig mindestens so fundamental sind, wieder an die Oberfläche drängen. Gleichzeitig macht die COVID-19-Krise deutlich, welchen Risiken eine global stark vernetzte Wirtschaft ausgesetzt ist: Die internationalen Lieferketten und die teils enorme Konzentration von Produktionsprozessen an wenigen Orten der Welt machen die Wirtschaft in guten Zeiten effizienter, im Krisenfall jedoch empfindlicher. Die Effizienz wurde in den letzten Jahren erhöht, die Resilienz reduziert.

Leider hat die COVID-19-Krise auch deutlich gezeigt, dass multinationale Institutionen heute kaum mehr in der Lage sind, zur gemeinsamen Lösung von Krisen beizutragen. So haben sowohl die UNO wie auch die EU auffällig schwach auf die Pandemie reagiert. Der politische Rückzug auf die nationale Ebene für den Schutz von Leib und Leben ist nachvollziehbar. Gleichwohl wird offensichtlich, dass der Umgang mit einer Pandemie nicht nur national geregelt werden kann. Denn die Versorgung mit kritischen Gütern wie Medikamenten, Schutzkleidung oder sogar Nahrungsmitteln im Fall von Ernteaussfällen ist immer auch ein internationales Thema. Es muss daher unser aller Interesse sein, dass die Schweiz nicht nur dafür sorgt, die COVID-19-Krise gut zu überwinden, sondern dass auch die internationalen Institutionen wieder gestärkt werden.

COVID-19-Krise und Klimakrise: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Ein direkter Zusammenhang zwischen der COVID-19- und der Klimakrise zeigt sich kurzfristig bei den CO₂-Emissionen. Diese sanken als Folge der einschneidenden COVID-19-Massnahmen spürbar. Allerdings dürfte dieser Rückgang bei einer wirtschaftlichen Erholung überkompensiert werden, wie bereits nach der Finanzkrise 2008.ⁱ

In der COVID-19-Krise ist entschiedenes Handeln gegen eine weltweite Bedrohung und solidarisches Handeln über Generationen kurzfristig möglich geworden. Zudem wird deutlich, wie wichtig uns die körperliche Gesundheit ist. Doch ist daraus nicht zu schliessen, dass dies den Klimaschutz direkt stärken wird. Die aktuellen Notmassnahmen beruhen auf ausserordentlichem Recht und sind kurzfristiger Natur. Das Engagement bezüglich der Nachhaltigkeitsziele strebt aber gerade an, solche Notfallszenarien – welche auch aus dem Klimawandel, aus dem Umgang mit

Süsswasser, mit dem Verlust von Biodiversität usw. drohen – möglichst zu vermeiden. Aber anders als bei der COVID-19-Pandemie sind diese Auswirkungen schleichend, und die Folgen liegen noch in der Zukunft.

Noch ein Unterschied ist wesentlich: Der Stillstand des öffentlichen Lebens hat in vielen Ländern innert Wochen für die Eindämmung der Pandemie gesorgt. Beim Klimawandel sind keine raschen Erfolge möglich – das ausgestossene CO₂ heizt aufgrund der langen Verweildauer in der Atmosphäre das Klima weiter auf, selbst wenn der Verbrauch fossiler Energieträger drastisch reduziert wird. Ob in Zukunft CO₂ im grossen Stil wieder aus der Atmosphäre dauerhaft entfernt werden kann, ist zudem ungewiss. Das unterstreicht, wie entscheidend frühzeitiges Handeln im Kampf gegen die Klimaerwärmung ist.

Bei beiden Gefahren müssen Massnahmen primär lokal ergriffen werden, doch für den Erfolg braucht es die globale Zusammenarbeit. Denn auch Klimaschutz macht an keiner Landesgrenze Halt. Internationale Zusammenarbeit ist also in höchstem Mass gefordert.

Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung müssen auf der Agenda bleiben

Die Bewältigung der COVID-19-Krise darf das Engagement gegen den Klimawandel und für die nachhaltige Entwicklung nicht zu lange in den Hintergrund drängen. Denn das Zeitfenster, um Massnahmen gegen die Klimakrise und weitere ökologische und soziale Bedrohungen mit zumutbarem Aufwand ergreifen zu können, schliesst sich schnell. Bereits bis 2030 müssen entscheidende Schritte weltweit umgesetzt sein, wenn wir Notfallmassnahmen wie die jetzigen vermeiden wollen. Deshalb dürfen wir insbesondere heute die Klimakrise nicht aus den Augen verlieren.

2 Effizienz, Resilienz und staatliches Handeln

Die Erfahrung zeigt, dass Märkte gut geeignet sind, wirtschaftliche Effizienz zu schaffen, da diese die Kosten senkt. Umgekehrt sind Märkte nicht geeignet, Widerstandsfähigkeit («Resilienz») gegen gesellschaftliche Schocks zu schaffen, da solche Resilienz etwas kostet, beispielsweise durch dezentrale Produktionsstrukturen und Lagerhaltung. Nun führt uns die COVID-19-Krise vor Augen, dass zu sehr auf Effizienz ausgelegte Märkte nicht sicherstellen, dass Volkswirtschaften Krisen optimal bewältigen können. Die Krise zeigt aber auch, dass rechtzeitig, vorausschauendes Handeln für deren Bewältigung wichtig ist. Wir schliessen daraus, dass es beides braucht: politische Rahmenbedingungen, die Massnahmen zur Resilienz einfordern, und den Markt, der diese möglichst effizient umsetzt.

Dies gilt auch für andere globale Krisen – wie die Klimakrise oder der Verlust an Biodiversität. Wir müssen deshalb die Frage beantworten, wie nachhaltiges, klimataugliches Wirtschaften gefördert werden kann, um damit Gesellschaften und Volkswirtschaften resilienter gegenüber künftigen Einbrüchen zu machen.

Der Staat ist in der Lage, vorausschauendes Handeln zu fördern und einzufordern. Mit geeigneten Rahmenbedingungen kann der Staat die Wirtschaft dabei unterstützen, neben Effizienz gleichzeitig auch Resilienz für die Gesellschaft zu schaffen¹.

Dies geschieht mit Vorgaben (wie Pflichtlagern, die von privaten Firmen bewirtschaftet werden) und Anreizen (durch Steuer-, Förder-, oder andere Programme). Wichtig ist dabei ein Gleichgewicht zwischen Effizienz (wirtschaftlicher Nutzen für den Normalbetrieb) und Resilienz (wirtschaftlicher Nutzen für Krisen) zu halten.

3 Prinzipien für wirtschaftliche Massnahmen in der COVID-19-Krise

Die COVID-19-Krise verlangt entschiedenes Handeln, mit kurzfristigen und insbesondere auch mit langfristigen Massnahmen. öbu und swisscleantech empfehlen, dass sich die COVID-19-Massnahmen an folgenden Prinzipien ausrichten:

1. Es ist sinnvoll, mit den vorhandenen sozialen Sicherungssystemen wie Kurzarbeit auf unbürokratische Art den Ist-Zustand zu erhalten.
2. Nebst dem Schutz der eigenen Gesellschaft und Wirtschaft liegt es auch in unserem Interesse, dass unsere Handelspartner von COVID-19 möglichst wenig belastet werden. Über die lokalen Notmassnahmen hinaus muss die Schweiz deshalb auch international mithelfen, die COVID-19-Schäden möglichst gering zu halten.
3. Kurzfristige und längerfristige Ziele müssen gleichzeitig berücksichtigt werden: Längerfristig wichtige Entwicklungen wie die nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft dürfen nicht wegen kurzfristiger Anliegen gefährdet werden.ⁱⁱ Bei allen Massnahmen, die ergriffen werden, muss darauf geachtet werden, dass nicht anderweitige Probleme vergrössert oder neue geschaffen werden. Denn es wäre falsch, mit der Heilung von COVID-19 gleichzeitig künftige Krisen zu vergrössern.
4. Sollten also wegen der drohenden Rezession Konjunkturmassnahmen geplant werden, müssen diese immer auch unter dem Blickwinkel einer nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) und der Klimakrise beurteilt werden.
5. Strukturelle Massnahmen sollen dabei die Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft fördern. Dies steht im Kern der von öbu und swisscleantech seit Jahren geforderten und geförderten Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft, hierzulande sowie international.
6. Deshalb sollen COVID-19-bezogene Massnahmen auch positiv auf nachhaltige Lieferketten, eine Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Energien, den Erhalt der Biodiversität und eine breite Berücksichtigung der menschlichen Bedürfnisse wirken.

¹ Es gilt zu bedenken: Firmen haben zwar ein Interesse, ihre eigene Resilienz zu stärken, sie haben jedoch höchstens eine moralische Verpflichtung, sich auch für die Resilienz der Gesellschaft einzusetzen. Es ist deshalb die Aufgabe des Staates, die gesellschaftliche Resilienz sicherzustellen.

4 Kurzfristig: Die Soforthilfe wirkt

Es braucht Soforthilfe für Arbeitnehmende und Unternehmen, die vom Shutdown betroffen sind. öbu und swisscleantech unterstützen die laufende rasche, unbürokratische Hilfe mittels Kurzarbeitsentschädigung und Überbrückungskrediten mit Staatsgarantie.

öbu und swisscleantech unterstützen die aktuelle Anwendung dieser beiden Instrumente. Es wäre falsch, diese Gelder mit klimapolitischen Forderungen zu verknüpfen. Denn die Auszahlung würde sich ungebührlich verzögern, falls diese an Klimaanforderungen geknüpft würden.

Nebst dem Inlandfokus, der bisher die meist national definierten Massnahmen bestimmt, ist es wichtig, auch mit den politischen und wirtschaftlichen Partnern gemeinsame Wege zu suchen und zu finden, um sofortige Schäden aus der COVID-19-Pandemie auch in anderen Ländern – soweit möglich – zu bekämpfen. Aus Sicht von öbu und swisscleantech ist es deshalb wichtig, dass die Schweiz nun gleichzeitig mit der langsamen Öffnung in einzelnen Nottfällen, zum Beispiel durch Materiallieferungen, unterstützend wirken kann. Dies ist kein Nullsummenspiel: Vielmehr wird es auch uns zugutekommen, wenn beispielsweise unsere Handelspartner in Europa und in Übersee nicht von der Coronakrise überwältigt werden.

5 Mittelfristig: Eine resiliente Wirtschaft fördern

Die COVID-19-Krise wird zu einer spürbaren Rezession führen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hält einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 7-10% für möglich.ⁱⁱⁱ Der Internationale Währungsfonds rechnet mit dem grössten wirtschaftlichen Einbruch seit der grossen Weltwirtschaftskrise von 1929.^{iv} Diese Aussichten werden politische Akteure dazu bewegen, Konjunkturprogramme zu verlangen. Andere Akteure werden wegen der wegbrechenden Steuereinnahmen Sparprogramme fordern.

Grundsätzlich beurteilen öbu swisscleantech Konjunkturprogramme, welche öffentliche Investitionen und den Konsum steigern, skeptisch. Zum einen haben Konjunkturprogramme des Bundes die wirtschaftlichen Ausschläge in der Vergangenheit eher noch verstärkt: Bis Massnahmen zur Konjunkturstützung wirken, wächst die Wirtschaft bereits wieder, und das Konjunkturprogramm wirkt im falschen Moment.^{vi} Auch ist der Spielraum der Schweiz für Konjunkturpolitik begrenzt, da die internationalen Verflechtungen grösser sind als in anderen Volkswirtschaften. Und drittens stärken Konjunkturprogramme tendenziell bekannte Lösungen, womit Innovation eher behindert statt gefördert wird.

Aus diesem Grund befürworten öbu und swisscleantech statt eines Konjunkturprogrammes eher die Verstärkung derjenigen Massnahmen, welche in der Schweiz eine zukunftsfähige Wirtschaft fördern. Verabschiedet die Politik weitere Massnahmen zur Stützung der Konjunktur, so sollten diese in jedem Fall den bereits angedachten Systemwandel in Richtung einer nachhaltigen und

klimatauglichen Wirtschaft unterstützen (Erhöhung der Resilienz). Und es ist zu verhindern, dass Mittel in Strukturen gesteckt werden, die nicht zukunftstauglich sind («stranded assets»).

Dazu gehört auch, dass bereits laufende oder beschlossene Massnahmen für eine nachhaltige, klimataugliche Wirtschaft nicht aufgeschoben oder gar aufgehoben werden. Forderungen, die Energiewende in der Schweiz zu pausieren, um die Wirtschaft nicht weiter zu belasten, sind nicht zielführend.

Die COVID-19-Krise führt uns vor Augen, dass «Vorsorge» auch in einer globalisierten Welt mit scheinbar verlässlichen Lieferketten wichtig ist – nicht nur für Firmen, sondern auch für den Staat als Ganzes. Die COVID-19-Krise sollte deshalb Auslöser für eine zukunftsgerichtete Stärkung der Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft werden.

Folgende konkrete wirtschaftliche Aspekte sind uns hierbei wichtig:

a) Stärkung der Kreislaufwirtschaft und nachhaltiger Lieferketten

Werden die Kreislaufwirtschaft und nachhaltigen Lieferketten gestärkt, wird dadurch auch die Resilienz gestärkt, das heisst das Wirtschaftssystem wird besser vor künftigen Krisen geschützt. Ein Teil der Modelle der Kreislaufwirtschaft ersetzt Kapital durch Arbeitskraft über Reparatur und Wiederaufbereitung. Dadurch werden Rohstoffe lokal oder regional besser verfügbar. Dies reduziert systemische Abhängigkeiten durch kürzere Lieferketten, fördert die lokale und regionale Wirtschaft, reduziert den CO₂-Ausstoss sowie den gesamten Rohstoffverbrauch.

Andere kreislauffähige Businessmodelle wie Leasing oder Miete verändern die Beziehungen zwischen Anbietern und Abnehmern. Nachfrageausfälle wirken sich langsamer aus und können besser absorbiert werden. Hersteller erhalten einen Anreiz, ihre Produkte über die Lebensdauer effizient zu gestalten.

Resilienz in der Beschaffung bedeutet in der Regel kürzere Lieferketten und redundante (mehrfache) Lieferantenbeziehungen. In Kombination erhöht dies die Krisenresistenz. Allerdings ist dies mit höheren Kosten verbunden. Gleichzeitig haben resiliente Lieferketten einen sozialen Vorteil, denn Ausfälle an einer oder mehreren Stellen in einer spezifischen Lieferkette führen nicht zum Ausfall des gesamten Systems (mit allen Folgeproblemen).

Gesamthaft könnte eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft zu einer Re-Industrialisierung führen, bei der Produktionsstandorte in Europa und der Schweiz gestärkt werden. Idealerweise ergänzen sich globale Lieferketten mit neuen lokalen Lieferketten so, dass das gesamte Ganze nachhaltiger und resilienter, aber gleichwohl kosteneffizienter wird.

b) Förderung der Produktion erneuerbarer Energien

Auch die Förderung der erneuerbaren Energien stärkt die lokale Resilienz. Zwar ist die Schweiz bei der Stromversorgung kurzfristig weitgehend autonom, doch die gesamte Energieversorgung basiert nach wie vor zu mehr als zwei Dritteln auf fossilen Brenn- und Treibstoffen, bei denen die

Schweiz zu 100% von Importen abhängig ist. Zudem verlangt der Klimaschutz hier tiefgreifende Änderungen. Deshalb sind Energieeffizienz und Elektrifizierung zwei wirksame Ansatzpunkte. Angesichts des mittelfristigen Wegfalls der Kernenergie sind ohnehin Massnahmen nötig, das Produktionspotenzial in der Schweiz zu erhöhen. Hier geben Stabilität (Resilienz) und klimapolitische Notwendigkeit die gleiche Richtung vor. Wichtig sind hierbei aber eigene Speicherkapazitäten und verlässliche Partnerschaften mit Nachbarn. Denn die COVID-19-Krise zeigt uns auch, wie durch nationale Abschottung die Versorgung in Gefahr geraten kann.

c) Verhinderung unwirtschaftlicher Investitionen («stranded assets»)

Bei allen Konjunkturmassnahmen muss verhindert werden, dass Mittel in Strukturen gesteckt werden, die nicht zukunftstauglich sind («stranded assets»), wo also Investitionen innert kurzer Zeit bereits vollständig abgeschrieben werden müssen. So wäre es falsch, den Flugverkehr zu fördern, solange keine überzeugenden Strategien bestehen, wie Reisen umwelt- und klimaverträglich möglich sein wird.

Aber auch betreffen Gebäude und Infrastrukturen sind Investitionsbeiträge noch ausgeprägter auf ihre Zukunftsfähigkeit auszurichten. So wären beispielsweise erhöhte Beiträge an energetische Gebäudesanierungen vertretbar. Auch Massnahmen zum Schutz, respektive der Stärkung der Biodiversität könnten Teil von mittelfristigen COVID-19-Massnahmen sein.

öbu und swisscleantech erwarten daher, dass alle Konjunkturmassnahmen daraufhin geprüft werden, ob sie die Anforderungen an eine klimaneutrale, nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens erfüllen. Im Rahmen der Wirtschaftshilfe dürfen keine Infrastrukturen geschaffen werden, welche die Abhängigkeit zukünftiger Generationen von fossilen Brenn- und Treibstoffen verstärken.

d) Geeignete Massnahmen für einen zukunftsorientierten Strukturwandel

Bund, Kantone und die privaten Unternehmen fördern bereits heute mit Blick auf ihre Nachhaltigkeits- und Klimaziele diesen Strukturwandel. Massnahmen, um die Konjunktur zu stabilisieren, sollten mit diesen Strukturreformen verknüpft werden.

Folgende Ansatzpunkte sind dabei zu berücksichtigen:

- a) Kreislaufwirtschaft fördern (Nachfrage und Absatz schaffen):
 - Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BÖB) erlaubt es der öffentlichen Hand, weitere Kriterien als nur den Preis in der Beschaffung anzuwenden. Werden dabei Kriterien zur Kreislauffähigkeit in den Ausschreibungen stärker bewertet, führt dies zu einer Zunahme von Angeboten, die dann auch im privaten Bereich zu konkurrenzfähigen Preisen den Markt durchdringen können.
 - Die steuerliche Förderung von Leasing-, Miet-, Reparatur- und Wiederverwendungsmodellen kann Anreize auf der Nachfrageseite schaffen. Denkbar sind verschiedene Wege (differenzierte MWSt.-Sätze, Abbau von gesetzlichen Hürden, Garantiefreien,

Rücknahmepflicht), wobei im Hinblick auf die erwartete Rezession auf möglichst rasch wirkende Instrumente zu setzen ist.

- Anpassungen in der Ausgestaltung der Produkthaftung, zum Beispiel bei Garantieverpflichtungen, können sicherstellen, dass Geräte auf lange Lebensdauer ausgelegt werden. Rücknahmeverpflichtungen können sicherstellen, dass der «End of Life (EOL)»-Prozess bereits im Design berücksichtigt wird. Beides schafft einen Anreiz für Unternehmen, ihre Produktdesigns auf Langlebigkeit und Wiederverwendung auszurichten. Bei der genauen Ausgestaltung muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Produkteinnovation nicht behindert wird.

b) Versorgung mit essenziellen Gütern sicherstellen:

- Bereits heute bestehen Pflichtlager für einzelne besonders wichtige Güter. Es zeigt sich jedoch, dass es Produktgruppen gibt, bei denen die empfohlene Lagerhaltung nicht umgesetzt (Masken) oder weder operationalisiert noch kontrolliert (Desinfektionsmittel) wurde. Bei anderen Produkten wie zum Beispiel kritischen pharmakologischen Wirkstoffen wurde sogar vollständig auf die Marktkräfte vertraut. Im Nachgang der Krise ist daher zu überprüfen, bei welchen zusätzlichen Produkten oder Produktgruppen Pflichtlager einzuführen oder die Versorgung durch einen regionalen Mindestanteil sicherzustellen sind.
- Wird durch geeignete Massnahmen sichergestellt, dass bei kritischen Gütern ein minimaler Marktanteil (z.B. 10%) aus inländischer oder nahegelegener Produktion stammt, würde dies lokales Know-how und Produktionskapazität fördern oder erhalten, Lieferketten zumindest ansatzweise vor globalen Erschütterungen schützen, aber gleichzeitig die Kosten etwas erhöhen. Diese Mehrkosten entsprechen einer Versicherungsprämie.

c) Gebäudesanierungen und erneuerbare Energieproduktion fördern:

- Die Blockade bei Gesuchen für erneuerbare Energien ist aufzuheben. Der Entscheid des Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), die Wartefristen für Photovoltaik-Förderbeiträge zu verkürzen, ist zu begrüssen. Sofern zur Konjunkturförderung Gelder beschlossen werden, sollte ein Teil davon in den Pronovo-Fonds fliessen.
- Der im CO₂-Gesetz vorgesehene Klimafonds kann zur Konjunkturstabilisierung frühzeitig eingeführt werden. Dafür könnte der Bund Mittel vorschliessen. Dies beschleunigt die Innovation und korrigiert die Verzögerung, weil das CO₂-Gesetz wegen der COVID-19-bedingten Parlamentspause womöglich erst 2022 in Kraft treten wird.
- Gebäude der öffentlichen Hand (Bund, Armee, Kantone) können beschleunigt saniert werden. Im Vordergrund stehen die Gebäudehülle und die Eigenproduktion erneuerbarer Energien. Bund und Kantone können zusätzliche Mittel für den Ersatz von fossilen Heizungen bereitstellen.
- Die Elektromobilitätsinfrastruktur kann vorangetrieben werden. Der Bund stellt zusätzliche Mittel für den Bau von Ladestationen im öffentlichen Raum bereit.

d) Wo möglich: Deregulierung anstossen:

- Viele KMU stossen beispielsweise in der Energietechnik auf veraltete Regulierungen. Es sollten nicht Technologien reguliert werden, sondern Auswirkungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich innovative neue Lösungen am Markt auch durchsetzen können.

e) Innovation ermöglichen:

- Innovation sichert die Wettbewerbsfähigkeit von morgen. In der Krise ist die Schweiz gut beraten, dafür zu sorgen, dass die Innovation nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt besonders für Innovationen mit ausgewiesenem Potential für den Klimaschutz. Es ist heute die Zeit, Mechanismen, wie sie in der swisscleantech-Publikation «Der Weg in eine klimafreundliche Zukunft» vorgeschlagen werden, zu fördern.^{vii}

6 Ausblick

Die aufgrund der COVID-19-Krise zu erwartende Rezession wird die Schweiz – wie alle anderen Länder auch – vor grosse wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen stellen. Nach der ersten Schockstarre sind massive politische Verteilungskämpfe zu erwarten. Diese Kämpfe können jedoch die Essenz der wirtschaftlichen Krise – der Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit und damit der Rückgang von Umsätzen, Gewinnen, Löhnen und Steuererträgen – nicht zum Verschwinden bringen. Es ist deshalb klar, dass alle Gürtel enger geschnallt werden müssen.

Neben der nationalen Ebene ist auch eine partnerschaftliche internationale Zusammenarbeit wichtig. öbu und swisscleantech rufen deshalb die Behörden und die Wirtschaft als Ganzes dazu auf, sich auch für Massnahmen im internationalen Umfeld einzusetzen. Dabei geht es vor allem darum, jene Länder zu stärken, die selbst nicht in der Lage sind, ihre Resilienz gegen ähnliche Krisen zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer. Eine gute Partnerschaft, die auch in schwierigen Zeiten gepflegt wird, trägt wesentlich zu einer zukünftigen Resilienz des ganzen Systems bei.

öbu und swisscleantech plädieren dafür, dabei den Blick aufs grosse Ganze zu wahren – wirtschaftlich, gesellschaftlich und auch über die Zeit. Sämtliche Massnahmen, die erlassen werden, müssen zielgerichtet sein. Angezeigt ist bei staatlichen und wirtschaftlichen Massnahmen eine «Do-no-harm»-Politik: Sollten konjunkturelle Massnahmen beschlossen werden, so müssen diese längerfristig sinnvollen Entwicklungen unterstützen und keine unwirtschaftlichen Investitionen auslösen. So kann die Entwicklung einer nachhaltigen schweizerischen Volkswirtschaft beschleunigt werden und die Schweiz aus der COVID-19-Krise gestärkt hervorgehen.

7 Quellen

ⁱ World Resource Institute (WRI): Responding to Coronavirus: Low-carbon Investments Can Help Economies Recover, 03/2020, <https://www.wri.org/blog/2020/03/coronavirus-economy-low-carbon-investments>

ⁱⁱ Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS): Wie notwendige Wirtschaftshilfen die Corona-Krise abfedern und die ökologische Transformation beschleunigen können, 03/2020, <https://foes.de/publikationen/2020/2020-03-FOES-Wirtschaftshilfen-Corona-Krise.pdf>

ⁱⁱⁱ Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO): Szenarien für die Schweizer Konjunktur, 04/2020, https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Arbeit/neues_coronavirus/szenarien_schweizer_konjunktur.html

^{iv} Internationaler Währungsfonds (IWF): The Great Lockdown: Worst Economic Downturn Since the Great Depression, 04/2020, <https://blogs.imf.org/2020/04/14/the-great-lockdown-worst-economic-downturn-since-the-great-depression/>

^v Avenir Suisse: Mit Fiskalpolitik gegen die Wirtschaftskrise: Möglichkeiten, Grenzen und Risiken, 03/2009, https://cdn.avenir-suisse.ch/production/uploads/2009/03/fiskalpolitik_policy-brief.pdf

^{vi} Schweizerischer Gewerbebund (SGB): Welche Konjunkturprogramme wirken?, Dossier Nr. 62, 11/2008

^{vii} swisscleantech: Der Weg in eine klimafreundliche Zukunft, 09/2018, <https://www.swisscleantech.ch/der-weg-in-eine-klimafreundliche-zukunft/>